

## Aus der Arbeit des Gemeinderates

### **Sitzung vom 08.11.2022**

Bürgermeister Rainer Betschner begrüßt alle Anwesenden zur Gemeinderatssitzung.

In der **Bürgerfragestunde** werden keine Fragen gestellt.

Aktuelle **Bausachen** zur Entscheidung im Gemeinderat liegen nicht vor.

Der Tagesordnungspunkt **Vorstellung Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg** wird vertagt, da die eingeladene Geschäftsführerin der Wirtschaftsförderungsgesellschaft SBH Frau Henriette Stanley wegen einer Terminüberschneidung nicht anwesend sein kann.

Zur **Turnusgemäßen Neubeschaffung der EDV für die Verwaltung** stellt Bürgermeister Betschner die Aufstellung der benötigten neuen technischen Geräte und Dienstleistungen vor. Ein Gemeinderat fragt nach, warum kein lokaler Anbieter gewählt wird, sondern das Rechenzentrum beauftragt werden soll. Daraufhin stellen Bürgermeister Betschner und Hauptamtsleiterin Grumbach dar, dass die Dienstleistungen des Rechenzentrums bereits in den meisten Prozessen in Anspruch genommen werden und somit der individuelle Bedarf der Verwaltung genauestens bekannt ist. Zudem werden alle zugehörigen Aufgaben wie Ausschreibungen übernommen. Ein Gemeinderat stellt zur Diskussion, ob Leasing nicht wirtschaftlicher wäre als eine Neuanschaffung. Kämmerin Schiem merkt an, dass die Geräte über drei bis vier Jahre abgeschrieben, aber im Regelfall mindestens fünf Jahre genutzt werden und danach gegebenenfalls anderweitig weiterverwendet oder veräußert werden können. Bei einem Leasingvertrag würden nachträgliche Verlängerungen Extrakosten hervorrufen, die den preislichen Vorteil gegenüber einer Neuanschaffung meist zunichtemachen. Zudem bietet das Rechenzentrum kein Leasing an und es müsste auf andere Anbieter zurückgegriffen werden. Eine Gemeinderätin erkundigt sich, weshalb und ob ein teureres Druckermodell benötigt wird. Hauptamtsleiterin Grumbach und Bürgermeister Betschner stellen klar, dass diese Art von Drucker im Einwohnermeldeamt durch die Anforderungen und Aufgaben zwingend notwendig sind und das Modell beinahe alternativlos ist. Zudem ist das Vorzimmer des Bürgermeisters ebenfalls als vollständiger Arbeitsplatz des Einwohnermeldeamts eingerichtet, was in der aktuellen Zeit nahezu täglich genutzt wird. Ein Gemeinderat erkundigt sich nach der mobilen Einsatzfähigkeit der zu beschaffenden Geräte, welche, wie Bürgermeister Betschner betont, den modernen Anforderungen in jedem Fall gerecht werden. Mit den neuen Geräten werden Außeneinsätze oder Homeoffice problemlos möglich sein. Eine Rätin erkundigt sich darüber, was mit dem Bestand passieren wird, dieser soll Lücken in der Ausstattung der Kindergärten und des Schulsekretariats füllen. Bürgermeister Betschner betont, dass die Bestellung der Geräte in der nahen Zukunft erfolgen muss, da mit verlängerten Lieferzeiten von sechs bis acht Monaten zu rechnen ist. Bürgermeister Betschner weist darauf hin, dass die Kosten für Office-Lizenzen bei der nächsten Beschaffung nicht anfallen, da der Support bis 2031 zugesichert wird. Außerdem würden die kostenlosen Versionen verschiedener Videokonferenz-Softwares für die

Bedürfnisse der Verwaltung vollkommen ausreichen. Den Vorschlag der Verwaltung nimmt der Gemeinderat zur Kenntnis.

Beim Tagesordnungspunkt **Eckpunkte Investitionen Haushaltsplan 2023** stellt Kämmerin Schiem die geplanten größeren Ausgaben des Finanzhaushalts im nächsten Jahr vor.

1.	EDV Neuausstattung Rathaus	75.000,-€
2.	Rathaus – Umbau BM Wohnung zu Büroräumen (gesamt 380.000,- €; Förderung LSP 190.000,00 €, AGS 95.000,- €)  <i>nachrichtlich: im Ergebnishaushalt zu veranschlagen</i>  <i>Sanierung Foyer/Büros 1. OG: 144.000,- € (2024: 62.000,- €)</i>  <i>Umbau WC EG: 54.000,- € (2024: 24.000,- €)</i>  <i>elektronische Schließanlage: 30.000,- €</i>  <i>Förderung LSP: 157.000,- €</i>  <i>Förderung AGS: 78.000,- €</i>	270.000,- €
3.	Zusätzliches Bauhofgebäude f. Sozialräume/Lager (insgesamt 540.000,- €; Ausgleichstockzuschuss 180.000,- ELR)	430.000,- €
4.	Einrichtung weiterer Krippengruppen mit zusätzlichen Personalräumen Kindergarten Winzeln (gesamt 1.600.000,- €, Zuschüsse aus LSP, Ausgleichstock und Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung, 700.000,- €)	1.100.000,- €
5.	Breitbandausbau Gewerbegebiet durch Landkreis – Anteil Gemeinde	75.000,- €
6.	Sanierung Sammelkläranlage – Planungskosten	50.000,- €
7.	Neubau eines Retentionsbodenfilterbeckens bei der Kläranlage (Gesamtkosten 2.000.000,- €, Förderung gesamt 1.468.400,- €)	1.500.000,- €
8.	Erneuerung Regenüberlaufbecken bei der Kläranlage (Gesamtkosten 1.500.000,- €, Förderung gesamt ca. 1.080.000,- €)	500.000,- €
9.	Erneuerung Verbindung kath. Kirche / Oberndorfer Straße (Förderung LSP 45.000,- €)	75.000,- €
10.	Erschließung neuer Wohn-, und Gewerbeflächen – Planungsrate	85.000,- €
11.	Erneuerung Haldenstraße (Straße, Wasser, Kanal, Datenkabel, Straßenbeleuchtung) - Planungsrate	145.000,- €
12.	Erneuerung Straßenführung um Alte Kirche (Förderung LSP 132.000,- €)	220.000,- €
13.	Alte Kirche – Parkgestaltung (Förderung LSP 200.000,- €)	330.000,- €

Die rechte Spalte gibt die in 2023 anfallenden Kosten an. Die Beträge links in Klammern stellen die Gesamtkosten dar, die Differenz zwischen Gesamtbetrag und Kosten 2023 fallen erst in 2024 an und werden deshalb nur mittelfristig (in 2024) eingeplant.

Der Umbau des Rathauses soll in Angriff genommen werden. Dies beinhaltet den Umbau der Bürgermeisterwohnung im ersten Obergeschoss zu Büroräumen, der Sanierung des Foyers und des WCs im Erdgeschoss und dem Einbau einer elektronischen Schließanlage. Bei den Beträgen handelt es sich um

Kostenschätzungen des Architekten. Da das Winzener Rathaus ein Denkmal ist, gibt es erhöhte Zuschüsse um die Sanierung zu unterstützen, so soll die Maßnahme innerhalb des Landessanierungsprogramms durchgeführt werden. Die Förderungen belaufen sich insgesamt auf etwa 51% der veranschlagten Kosten. Eine Gemeinderätin zweifelt an, ob die zusätzlichen Büroräume vonnöten sind, da durch den Umstieg auf Homeoffice des Försters Jörg Fehrenbacher ein Büro frei wird und merkt an, dass sich dadurch auch die laufenden Kosten erhöhen. Darauf stellt Hauptamtsleiterin Grumbach klar, dass im nächsten Jahr drei neue Personen in der Verwaltung tätig sein werden. Dies sind zum einen die neu geschaffene Stelle der stellvertretenden Hauptamtsleitung, sowie eine neue Auszubildende zur Verwaltungsfachangestellten und ein Einführungspraktikant im gehobenen Dienst. Bürgermeister Betschner fügt hinzu, dass er eine bauliche Umstrukturierung für sinnvoll erachtet, da die Kapazitäten bereits jetzt ausgereizt sind und er sich das Bürgermeisterzimmer sogar schon mit der aktuellen Einführungspraktikantin teilt. Zusätzlich kämen in der näheren Zukunft einige Mitarbeiterinnen aus der Elternzeit zurück. Eine Rätin äußert sich, dass die Wohnung als Reserve aufgrund der nicht absehbaren Flüchtlingsituation freigehalten werden sollte. Bürgermeister Betschner kann beruhigen, alle dieses Jahr zugewiesenen Flüchtlinge können aufgenommen werden. Gleichzeitig kritisiert er die Kommunikation zwischen dem Land und den Kommunen, da die groß erwartete Flüchtlingswelle nun doch erst einmal ausbleibt. Ein Gemeinderat erkundigt sich, ob der Ausbau des zweiten Obergeschosses für Vereine noch geplant ist. Bürgermeister Betschner zeigt sich gespalten, der Ausbau sei grundsätzlich machbar, wäre aber mit erheblichem planerischen Aufwand verbunden, da sich dadurch die Gebäudeklasse ändern würde und somit deutlich höhere Anforderungen bezüglich der Brandschutzbestimmungen und Fluchtwege gelten. Dies macht finanziell, wenn überhaupt, nur in der Förderungsphase Sinn. Kämmerin Schiem berichtet, dass mit dem Projekt ‚Zusätzliches Bauhofgebäude‘ dieses Jahr bereits begonnen wurde und dieses im nächsten Jahr fortgesetzt wird. Bei der Erneuerung der Regenüberlaufbecken soll mit dem an der Kläranlage begonnen werden. Die Vergabe der Erneuerung des Verbindungsweges zwischen der katholischen Kirche und der Oberndorfer Straße ist bereits erfolgt, die Kosten folgen im nächsten Jahr. Für die Sanierung der Haldenstraße sollen Planungskosten eingestellt werden. Wie die Untersuchungen zur Eigenkontrollverordnung ergab ist sie akut betroffen, weshalb nicht gewartet werden kann bis das Gebiet als Sanierungsgebiet ausgewiesen ist, wie ein Gemeinderat vorschlägt. Es wird vonseiten der Gemeinde zugesichert, dass versucht wird, Zuschüsse zu erhalten. Sobald die vollständige Eigenkontrollverordnung vorliegt, wird es eine Prioritätenliste von sanierungsbedürftigen Straßen geben, nach der geplant werden kann, so Bürgermeister Betschner. Das Bauprojekt um die Alte Kirche wurde von Kämmerin Schiem aufgeteilt, um die beiden Maßnahmen voneinander abzugrenzen. Sie spricht ebenfalls an, dass ein Großteil der aufgeführten Punkte bereits angestoßen wäre, weshalb es nicht viel Spielraum gibt. Eine Gemeinderätin merkt an, dass dem Gemeinderat die Hände gebunden sind, es sei beinahe unmöglich zu entscheiden was aufgeschoben werden könnte, es müsse alles in 2023 zumindest angestoßen werden. Eine Gemeinderätin bringt das Thema Sicheres Schulhaus und die verpflichtende Ganztagesbetreuung ab dem Schuljahr 2026/27 an und möchte wissen, was im Vorfeld bereits umgesetzt werden könne und ob es dafür einen eingeplanten Puffer gibt. Hauptamtsleiterin Grumbach erläutert, dass von Bund und

Land noch keine genauen Vorgaben oder Pläne vorliegen. Zum geplanten neuen Bauhofgebäude stellt ein Gemeinderat zur Diskussion, ob es möglich ist, eine Hackschnitzelanlage als kleines Blockkraftwerk zu betreiben, um den Bauhof und die in der Umgebung geplanten Bauplätze an ein „Mini-Netzwerk“ anzuschließen. Bürgermeister Betschner wendet ein, dass sich die Anbindung der Bauplätze schwierig gestaltet, da Luftwärmepumpen mittlerweile eine günstigere Alternative darstellen. Außerdem ist abzuwägen, ab wann sich ein solches Vorhaben wirtschaftlich lohnt. Ein Gemeinderat bemerkt, dass es ein entsprechendes Gutachten bereits für die Halle Winzeln erstellt wurde, welches erst zwei Jahre zurückliegt. Ein solches Projekt ist für die Gemeinde nicht realisierbar, allerdings wäre es über einen Investor oder anderen externen Betreiber denkbar. Ein Gemeinderat fragt an, in welcher Planungsphase sich der Bebauungsplan Blöchlesteige/Schmidgasse befindet, um den Straßenbau in den Haushalt aufzunehmen. Dieser muss fertiggestellt werden, so Bürgermeister Betschner, dies sei aber bereits wieder angestoßen worden, es gab bereits entsprechende Gespräche mit dem Architekten. Die Eckpunkte der geplanten größeren Investitionen werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Sonstiges, Bekanntgaben, Anfragen und Anregungen** wurde wegen der Organisation der Ferienbetreuung angefragt, Hauptamtsleiterin Grumbach erläutert, dass diese bereits in Planung ist und eine Bedarfsabfrage vorbereitet wird. Eine Gemeinderätin stellt noch einmal kurz das Angebot ‚Offener Mittagstisch‘ der Kirchengemeinde vor. Eine andere Rätin zeigt sich schockiert zur Baumfällaktion in der Auhalde und findet diese „sehr extrem“. Sie könne den „kompletten Kahlschlag“ nicht nachvollziehen und verlangt eine Begründung. Ein Gemeinderat, Anwohner, begrüßt die Fällungen zum Teil, es ist wäre dadurch heller geworden, findet aber die großflächige Abholzung ebenfalls extrem. Hauptamtsleiterin Grumbach merkt an, dass die Baumfällarbeiten größtenteils vom Förster durchgeführt wurden, also keinesfalls grundlos. Die Brandmeldeanlage in der Halle Winzeln wurde letzte Woche installiert und die Halle ist seit Freitag zur Nutzung freigegeben. Die offizielle Abnahme der Brandmeldeanlage erfolgt im Dezember. Die großflächigen Schäden auf dem Hallenboden sind durch Klebeband entstanden, welches laut Hersteller nicht verwendet werden darf. Die Haftungsverhältnisse werden geklärt. Sicher ist, dass die Halle dieses Jahr nochmals für circa eine Woche gesperrt wird, um den Boden neu zu versiegeln, gibt Bürgermeister Betschner bekannt. Hauptamtsleiterin Grumbach berichtet, dass sie und Feuerwehrkommandant Wolfgang Heim an der Ausstattung eines wie vom Land geforderten Notfalltreffpunkts für die Bevölkerung im Falle eines Blackouts arbeiten. Standort ist das Feuerwehrhaus, da dort im Notfall der Krisenstab zusammentritt und ein Notstromaggregat vorhanden ist. Es wird ein Notfallset vom Land gestellt. Ein Gemeinderat kritisiert die Vorgehensweise des Landes und stellt die Wahrscheinlichkeit eines langfristigen Blackouts in Frage. Bürgermeister Betschner weist auf die Warn-App NINA des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hin, die dazu dient, der Bevölkerung dringende oder wichtige Warnmeldungen zukommen zu lassen.